S 35 AL 436/05 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	9
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 35 AL 436/05 ER
Datum	01.06.2005

2. Instanz

Aktenzeichen	L 9 B 301/05 AL ER
Datum	14.11.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Die Beschwerde gegen den Beschluss des Sozialgerichts M¹/₄nchen vom 1. Juni 2005 wird zur¹/₄ckgewiesen.

II. Au¹/₄ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Gr¹/₄nde:

I.

Die Antragsgegnerin (Ag.) hat mit Bescheid vom 11.02.2005 festgestellt, dass der Antragsteller (Ast.) w¹/₄hrend des Bezugs von Arbeitslosenhilfe Nebeneinkommen zumindest grob fahr¹/₄ssig nicht angegeben habe. Die Leistung habe ihm deswegen in H¹/₄he des Anrechnungsbetrages nicht zugestanden. Der Bescheid ¹/₄ber die Bewilligung der Leistung werde mit Wirkung vom Zeitpunkt der ¹/₄nderung der Verh¹/₄ltnisse aufgehoben. Der Betrag von 38,91 EUR sei zu erstatten. Er werde in voller H¹/₄he gegen die laufende Leistung aufgerechnet. Der Bescheid war mit einer ordnungsgem¹/₄en Rechtsbehelfsbelehrung versehen. Der Ast. hat nach seinen Angaben am 18.02.2005 Widerspruch erhoben; ein Widerspruch ist in der Akte der Ag. nicht feststellbar.

Am 31.03.2005 beantragte der Ast. zur Niederschrift beim Sozialgericht M¹/₄nchen, die Vollstreckung aus dem Bescheid vom 11.02.2005 einzustellen. Mit Beschluss vom 01.06.2005 lehnte das Sozialgericht den Antrag ab. Die Voraussetzungen des [Â§ 86a Abs.1](#) Sozialgerichtsgesetz $\hat{=}$ SGG $\hat{=}$ I¹/₄gen nicht vor. Der Widerspruch habe nur aufschiebende Wirkung, wenn der Bescheid nicht bereits unanfechtbar im Sinne des [Â§ 77 SGG](#) geworden sei. Ein Widerspruch des Ast. sei bei der Ag. nicht eingegangen. Die blo¹/₄e Behauptung des Ast., Widerspruch eingelegt zu haben, gen¹/₄ge nicht. Die materielle Beweislast f¹/₄r den Zugang treffe den Ast. Der fristgerechten Beschwerde des Ast. half das Sozialgericht nicht ab.

Eine Anfrage des Senats bez¹/₄glich eines Nachweises ¹/₄ber die Einlegung des Widerspruchs beantwortete der Kl¹/₄ger dahin, dass er den Widerspruch aufrecht erhalte. Er k¹/₄ne sich die R¹/₄ckforderungen des Arbeitslosengeldes durch die Ag. nicht erkl¹/₄ren. Er regte an, den Sachverhalt nochmals zu ¹/₄berpr¹/₄fen, da die Agentur f¹/₄r Arbeit gro¹/₄e Fehler gemacht habe.

II.

Die gem¹/₄Ã [Â§ 172 SGG](#) zul¹/₄ssige Beschwerde ist in der Sache unbegr¹/₄ndet. Die Voraussetzungen f¹/₄r den vom Kl¹/₄ger begehrten einstweiligen Rechtsschutz liegen nicht vor.

Nach [Â§ 86b Abs.1 Nr.2 SGG](#) kann das Gericht in den F¹/₄llen, in denen Widerspruch oder Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung haben, die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen. Ist der Verwaltungsakt im Zeitpunkt der Entscheidung schon vollzogen, kann das Gericht die Aufhebung des Vollzugs anordnen ([Â§ 86b Abs.2 SGG](#)). Liegt ein Fall des Abs.1 des [Â§ 86b SGG](#) nicht vor, kann das Gericht der Hauptsache auf Antrag eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine Ver¹/₄nderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung eines Rechts des Ast. vereitelt oder wesentlich erschwert werden k¹/₄nnnte. Einstweilige Anordnungen sind auch zur Regelung eines vorl¹/₄ufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges Rechtsverh¹/₄tnis zul¹/₄ssig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile n¹/₄tig erscheint.

Soweit im Bescheid vom 11.02.2005 die Arbeitslosenhilfe als laufende Leistung herabgesetzt wurde, entf¹/₄llt nach [Â§ 86a Abs.2 Nr.2 SGG](#) die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs; soweit im Bescheid vom 11.02.2005 allerdings die R¹/₄ckforderung der zu viel gezahlten Leistung ausgesprochen wird, kommt einem Widerspruch aufschiebende Wirkung zu. Der einstweilige Rechtsschutz bez¹/₄glich des Begehrens des Ast. auf Auszahlung der Alhi in voller H¹/₄he richtet sich nach [Â§ 86b Abs.2 SGG](#), der zur Voraussetzung hat, dass ein Anordnungsanspruch sowie ein Anordnungsgrund besteht und eine vorl¹/₄ufige Regelung erforderlich ist.

Bei s¹/₄mtlichen, grunds¹/₄tlich gegebenen M¹/₄glichkeiten des einstweiligen Rechtsschutzes steht im Falle des Ast. aber entgegen, dass der Bescheid vom 11.02.2005 bei Beantragung des einstweiligen Rechtsschutzes am 31.03.2005 bereits bestandskr¹/₄ftig war. Der Kl¹/₄ger hat den Bescheid vom 11.02.2005

zweifelloser erhalten, und zwar spätestens an dem Datum, an dem er angeblich Widerspruch erhoben hat (18.02.2005). Der Bescheid war mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung nach [Â§ 66 SGG](#) versehen mit der Folge, dass er nach Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe, d.h. spätestens am 18.03.2005 mit Widerspruch nicht mehr anfechtbar war. Dass der Kläger bis spätestens 18.03.2005 Widerspruch erhoben hätte, ist aber nicht bewiesen. In der Akte der Ag. findet sich kein Widerspruch. Der Kläger selbst hat auf ausdrückliche Nachfrage des Senats zur Erhebung und zum Nachweis eines Widerspruchs keine Angaben gemacht und auch keine Beweismittel genannt oder vorgelegt. Die Erhebung eines Widerspruchs ist nicht bewiesen. Von der Bestandskraft des Bescheides vom 11.02.2005 bei Beantragung des einstweiligen Rechtsschutzes am 31.03.005 ist auszugehen.

Dies hat zur Folge, dass sich die Frage der aufschiebenden Wirkung bzw. der Herstellung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs nicht stellt, da ein solcher nicht vorliegt.

Einer Anordnung nach [Â§ 86b Abs.2 SGG](#) steht entgegen, dass die Hauptsacheentscheidung, nämlich der Verwaltungsakt vom 11.02.2005, bereits bindend vorliegt. Für eine vorläufige Regelung ist kein Raum mehr.

Ein Anspruch des Klägers auf einstweiligen Rechtsschutz besteht im Übrigen auch dann nicht, wenn sein Vorbringen im Beschwerdeverfahren als Antrag auf Entscheidung gemäß Â§ 44 Sozialgesetzbuch, Zehntes Buch (SGB X) gewertet würde. Ein solcher hätte keine aufschiebende Wirkung im Sinne des [Â§ 86a SGG](#); einer Anordnung nach [Â§ 86b Abs.2 SGG](#) stünde auch in diesem Fall die bindende Entscheidung, deren Überprüfung erst begehrt würde, entgegen.

Die Beschwerde gegen den Beschluss des Sozialgerichts München hat keinen Erfolg und ist als unbegründet zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf analoger Anwendung des [Â§ 193 SGG](#).

Dieser Beschluss ist gemäß [Â§ 177 SGG](#) unanfechtbar.

Erstellt am: 28.12.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024